

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 01/0157/WP17
Federführende Dienststelle: Fachbereich Verwaltungsleitung		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	
		Datum:	18.05.2016
		Verfasser:	
Ratsanträge			
Beratungsfolge:			TOP: __
Datum	Gremium	Kompetenz	
29.06.2016	Rat	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie an die Verwaltung zur weiteren Bearbeitung.

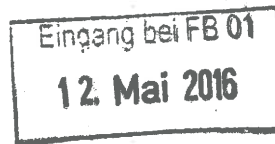
Erläuterungen:

Von den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern wurden mehrere Ratsanträge innerhalb der in § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat benannten Frist eingereicht, die als Anlage beigefügt sind.

Anlage/n:

Fristgerecht eingereichte Ratsanträge

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 168/17

09.05.2016
GRÜNE 13 / 2016

Ratsantrag

E-Bike-Streife für das Ordnungsamt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt die Einrichtung einer Fahrradstreife des Ordnungsamtes. Zu diesem Zweck werden in einer ersten Pilotphase vier E-Bikes und entsprechende Ausrüstung angeschafft.

Begründung

Insbesondere im Aachener Innenstadtbereich ist das Fahrrad heute das schnellste Verkehrsmittel. Die Freigabe von Einbahnstraßen und einiger Fußgängerzonen für den Radverkehr ermöglichen ein sehr schnelles Fortkommen. Innerhalb des Alleenringes sind alle Punkte in weniger als zehn Minuten erreichbar. Der Einsatz von E-Bikes ermöglicht auch weniger geübten Radfahrern, trotz des hügeligen Terrains, ein entsprechend schnelles Fortkommen und erweitert den Einsatzradius einer Fahrradstreife erheblich.

Die Einrichtung einer Fahrradstreife des Ordnungsamtes würde die Mobilität der Ordnungskräfte in der Innenstadt wesentlich erhöhen und so zu einer größeren Präsenz in diesem Bereich beitragen. Ein weiterer Vorteil wäre die Möglichkeit, im Bereich der Überwachung des ruhenden Verkehrs zugeparkte Fuß- und Radwege oder das Parken in zweiter Reihe zu ahnden, ohne dabei durch die Einsatzfahrzeuge selbst den Verkehr zu beeinträchtigen.

Mit der Einführung einer Fahrradstreife würde die Stadt Aachen ein sichtbares Signal im Sinne der Kampagne „FahrRad in Aachen“ setzen und die Maßnahmen zur Luftreinhaltung um einen sinnvollen Baustein ergänzen.

Mit freundlichen Grüßen

Ulla Griepertrog
Fraktionssprecherin

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
D-52062 Aachen

Jonas Paul
Ratsherr

Raum 104
Tel.: 0241 432-7217
Fax: 0241 432-7213

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Eingang bei FB 01

19. Mai 2016

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Nr. 169/17

Aachen, 19. Mai 2016

Ratsantrag: Einrichtung eines Runden Tisches »Armut in Aachen«

1 / 6

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat der Stadt Aachen möge folgenden Beschluss fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Runden Tisch »Armut in Aachen« einzurichten. Diesem sollen VertreterInnen aus Verwaltung, Politik und Wohlfahrtsverbänden angehören. Ziel ist die Erarbeitung von Strategien und Konzepten, die die Folgen von Armut auffangen und verringern.

Begründung

Laut aktuellem Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes lag die Armutsquote in Aachen im Jahr 2014 bei 19,7 Prozent. Damit liegen wir nicht nur über dem Landesdurchschnitt NRW (17.5 %), sondern verzeichnen auch die höchste Quote seit 2009. Die sozialräumliche Orientierung (Quartiersmanagement, Stadtteilkonferenzen, Stadtteilbüros etc.) und die damit verbundenen Maßnahmen und Aktivitäten sind nicht ausreichend und müssen durch weitere Strategien und Konzepte, die durch den o. g. Runden Tisch erarbeitet werden können, ergänzt und ausgebaut werden.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Ellen Begolli

Eingang bei FB 01
19. Mai 2016

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Nr. 170/17

Aachen, 19. Mai 2016

Ratsantrag: Förderungen durch die Landesinitiative „NRW hält zusammen ... für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung“ prüfen

2 / 6

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat der Stadt Aachen möge folgenden Beschluss fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermöglichkeiten der Landesinitiative »NRW hält zusammen ... für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung« zu prüfen und anschließend entsprechende Anträge zu entwickeln.

Begründung

Das Handlungskonzept der Landesregierung für ein Leben ohne Arbeit und soziale Ausgrenzung ist bis zum Jahr 2020 angelegt und dient der Förderung von Modellprojekten und Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabechancen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in benachteiligten Quartieren. Hierfür werden den Kommunen erhebliche finanzielle Mittel aus dem EU-Strukturfonds zur Verfügung gestellt, die auch für die sozialräumliche Orientierung und Quartiersarbeit in der Stadt Aachen genutzt werden sollten.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Ellen Begolli

Eingang bei FB 01

19. Mai 2016

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Mr. J.J.J. / J.J.

Aachen, 19. Mai 2016

Ratsantrag: Gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen stärken – niedrigschwellige Angebote in allen Stadtvierteln ausbauen

3 / 6

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat der Stadt Aachen möge folgenden Beschluss fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie das Angebot „Tag/NachtAktiv“ in Aachen ausgebaut und ausgeweitet werden kann.
2. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt zu prüfen, ob städtische Liegenschaften für gesellschaftliche, kulturelle und sportliche Aktivitäten kostengünstig an Träger, Vereine oder Einzelpersonen zur Schaffung weiterer niedrigschwelliger Angebote zur Verfügung gestellt werden können.

Begründung

In Aachen wächst fast jedes vierte Kind in armen Verhältnissen auf. Für die betroffenen Kinder und Jugendlichen ist die Teilnahme an kulturellen, kreativen und sportlichen Veranstaltungen aus finanziellen Gründen oft nicht möglich. Hieraus resultiert, neben der materiellen Armut, auch eine Armut an Teilhabe. Auf kommunaler Ebene sind darum vor allem gebührenfreie Angebote notwendig.

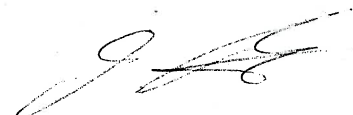
Mit der Schaffung von niedrigschwelligen und kostenfreien Angeboten wird die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien verbessert. Eine mögliche Stigmatisierung wird dadurch vermieden, dass die Angebote für *alle* kostenfrei sind und nicht antragsabhängig bewilligt werden.

In Aachen gibt es einige gute Ansätze und Konzepte, wie z. B. das Angebot „TagNachtAktiv“. Um möglichst vielen Kindern und Jugendlichen entsprechende Chancen der Teilnahme bieten zu können, sollten die Angebote in jedem Quartier vorhanden sein.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Michael Bredohl

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

19. Mai 2016

Nr. 172/17

Aachen, 19. Mai 2016

Ratsantrag: Bedarfsanalyse Schulsozialarbeit

4 / 6

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat der Stadt Aachen möge folgenden Beschluss fassen:

Die Verwaltung wird mit der Bedarfsanalyse der Schulsozialarbeit beauftragt, um diese im Fachausschuss vorzustellen. Zu ermitteln sind insbesondere die Schulen, die aufgrund der Sozialindices einen zusätzlichen personellen Bedarf an Schulsozialarbeit haben, und der daraus resultierende Kostenrahmen.

Begründung

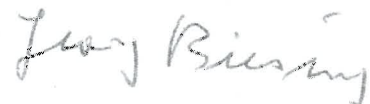
Schulsozialarbeit ist, wo sie bereits eingerichtet ist, unverzichtbarer Bestandteil der Multi-professionalität der Schulen und trägt erheblich zu gelingenden Schullaufbahnen bei. Sie setzt bei den individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler an, bei sozialen und emotionalen Problemen, bei schulischen und häuslichen Konfliktsituationen. Schulsozialarbeit wirkt systemisch, sie arbeitet darüber hinaus mit Sozialteams (Jugendamt) und Stadtteilorganisationen zusammen.

Gerade an Schulen mit hohen Sozialindices ist der bedarfsorientierte Einsatz von Schulsozialarbeiter*innen notwendig!

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Georg Bieising

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

19. Mai 2016

Nr. 573/17

Aachen, 19. Mai 2016

Ratsantrag: Ausbau der musischen Früherziehung

5 / 6

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt Aachen möge folgenden Beschluss fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Fachausschuss eine detaillierte Auflistung der Aachener Grundschulen vorzulegen, an denen Aktivitäten zur musischen Früherziehung stattfinden (JeKisS, Streicherklassen, etc.) sowie von denjenigen Schulen, an denen keine Aktivitäten stattfinden.
2. Dem Fachausschuss sind Vorschläge inkl. Kostenrahmen zu unterbreiten, um alle Grundschulen mit einem nachhaltigen Konzept zur musischen Früherziehung auszustatten.

Begründung

Im Jahr 2009 beantragte unsere Fraktion, die Umsetzung des Schulmusikprogramms JeKisS in Aachen. Der Antrag erhielt die Unterstützung aller Mitglieder des Betriebsausschusses Kultur, wurde jedoch unter Finanzierungsvorbehalt beschlossen. Heute, sieben Jahre später, steht das Programm in Aachen, trotz der Starthilfe durch die Sparkasse, immer noch auf wackeligen Füßen. Im Schnitt beteiligen sich ca. 25 Prozent der Aachener Grundschulen. In Münster hingegen sind es ca. 60 Prozent der Grundschulen.

Jede künstlerische Ausdrucksform bereichert die Persönlichkeit und fördert in Schulen darüber hinaus den Gemeinschaftssinn und die Solidarität untereinander. Besonders wichtig sind dauerhafte Angebote in Bildungseinrichtungen mit Kindern aus finanziell und/oder sozial benachteiligtem Elternhaus, denn hier kann auch der Förderverein häufig nur das Nötigste decken.

Die finanzielle Ausstattung einer Schule darf kein ausschlaggebender Grund bei der Entscheidung sein, jedem Kind seine Stimme zu geben!

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Ulla Epstein

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Eingang bei FB 01

19. Mai 2016

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Nr. 174/17

Aachen, 3. März 2015

Ratsantrag: Soziale Erhaltungssatzung (Milieuschutz) für Gasborn und Suermondviertel – Vorbereitende Untersuchungen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Vorbereitung einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutz gemäß § 172 BauGB – Erhalt der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung – für Gasborn und Suermondviertel die notwendigen vorbereitenden Untersuchungen zu beauftragen
2. Die genaue Abgrenzung des möglichen Satzungsgebietes erfolgt auf Grundlage der zu erstellenden Untersuchungen

Begründung

Wie die bekanntgewordenen Fälle von Leerständen durch Entmietungen im Suermondviertel zeigten, sind sowohl im Zusammenhang mit dem Bau des *Aquis Plaza* als auch infolge der *Rahmenplanung Gasborn und Suermond Viertel* mit deutlichen Mietsteigerungen, Umbaumaßnahmen und teilweise Austausch der Wohnbevölkerung zu befürchten.

Angesichts der weiterhin großen Nachfrage nach Wohnraum in Aachen, ist nicht davon auszugehen, dass sich dieser "Aufwertungsdruck" abschwächen wird.

Eine Möglichkeit der städtischen Einflussnahme bietet hier eine soziale Erhaltungssatzung nach § 172 BAuGB, in deren Geltungsbereich der Abbruch, die Änderung und Nutzungsänderung baulicher Anlagen genehmigungspflichtig wird. Bauliche Maßnahmen, die geeignet sind, die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung negativ zu beeinflussen, und soweit sie nicht reine Instandhaltungsmaßnahmen sind oder einen zeitgemäß üblichen Standard herbeiführen, können dann aus städtebaulichen Gründen untersagt werden.

Eine solche Satzung schreibt weder ein bestimmtes Mietniveau fest, noch garantiert sie den tatsächlichen Verbleib der bisherigen Bevölkerung. Sie kann allerdings – wie Beispiele in anderen Städten zeigen – bei konsequenter Umsetzung Aufwertungs- und damit Verdrängungsprozesse zumindest verlangsamen.

Eine zügige Beauftragung vorbereitender Untersuchungen, die einer Satzung zwingend vorausgehen müssen, ist von daher geboten, wenn die Chance auf städtische Einflussnahme gewahrt bleiben soll.

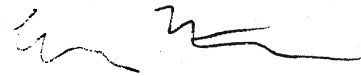
Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Marc Beus



Lasse Klopstein

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Eingang bei FB 01

30. Mai 2016

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Nr. 175/17

Aachen, 30. Mai 2016

Ratsantrag: Transkulturelle Kompetenz stärken

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

*Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie das kommunale Integrationszentrum – im Rahmen der Integration von Flüchtlingen – in die Lage versetzt werden kann, die Fortbildung in transkultureller Kompetenz für Lehrerkollegien, Kitapersonal, Verantwortliche im Vereinssport und Mitarbeiter*innen städtischer Fachbereiche sicherzustellen. Ferner soll geprüft werden, welche finanziellen und personellen Bedarfe dazu erforderlich sind.*

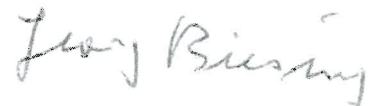
Begründung

In Deutschland lebende Menschen anderer Nationen hoffen, bei uns ein Leben in Würde aufbauen zu können. Ethisch, moralisch und gesetzlich ist Deutschland verpflichtet, die Grundlage dafür zu schaffen. Verschiedene Sprachen, Lebensweisen und Kulturen treffen mit denen der autochthonen Bevölkerung zusammen. Der Prozess der Eingliederung bzw. Integration erfordert Wissen und Akzeptanz und bedarf der beidseitigen Bemühung.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Georg Biesing

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
02. Juni 2016

Nr. 176/17

Ratsantrag: Anbindung der Uniklinik an regionale Radwege

Aachen, 2. Juni 2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt eine Verbindung des Vennbahn-Radweges mit den geplanten regionalen Radwegen Aachen – Herzogenrath, Maastricht – Vaals und dem Bahntrassenradweg Aachen – Jülich unter Einbeziehung des Klinikums und der Campusbereiche zu prüfen

Des weiteren soll geprüft werden, wie die Anbindung der Uniklinik an das städtische Radwegenetz verbessert werden kann.

Begründung

Mit der baulichen Erweiterung des Uniklinikums stellt sich erneut die Frage der bestmöglichen verkehrlichen Erschließung des Großkrankenhauses.

Neben dem Ausbau des ÖPNV ist die Stärkung des Radverkehrs eine der tragenden Säulen einer zukunftsorientierten verkehrlichen Erschließung.

Eine sinnvolle Verknüpfung von aktuellen Radwegplanungen mit dem Ausbau des Universitätsklinikums und den Campusarealen sowie der Aachener Innenstadt ist eine Chance, die nicht ungenutzt verstreichen darf.

Eine gut ausgebaute, klug geführte, konfliktarme Fahrradtrasse, die den Radfernweg Maastricht – Vaals mit dem Premiumradweg Vennbahn verbindet und gleichzeitig das Uniklinikum besser an die Innenstadt anbindet und zudem den Radschnellweg Aachen – Herzogenrath tangiert, muss das Ziel dieser Planung sein.

Der professionelle Ausbau des Radwegenetzes, nicht nur für Kurzstrecken, bildet einen wertvollen Beitrag, die unter dem individuellen Personenkraftverkehr leidende Innenstadt nachhaltig zu entlasten.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Deumens

Andreas Müller

Marc Beus

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Nr. 177/17

F 301

Aachen, 7. Juni 2016

Ratsantrag: Schülerspezialverkehr Barbarastraße – Brühlstraße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung möge die Einrichtung eines Schülerspezialverkehrs zwischen dem Gebäude der heutigen Grundschule Barbarastraße und der Grundschule Brühlstraße prüfen.

Hierbei ist auch die Umleitung bestehender Schulbuslinien als mögliche Option zu berücksichtigen.

Begründung

Die Mehrzahl der Erziehungsberechtigten haben sich für einen Wechsel der Schüler*innen in die Brühlstraße ausgesprochen. Da der Weg – gerade in der dunklen Jahreszeit – nicht ungefährlich ist, halten wir einen Schülerspezialverkehr für eine sinnvolle Option.

Mit freundlichen Grüßen

g. Deumens

Leo Deumens

Georg Biesing

Georg Biesing

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Nr. 178/17

FB01
↑

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen

Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AfA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

08. Juni 2016

Antrag: Errichtung eines Kreisverkehrs Debyestraße / Einmündung Nordstraße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ratsgruppe Allianz für Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt die Realisierbarkeit der Errichtung eines Kreisverkehrs im Einmündungsbereich der Nordstraße/ Debyestraße zu prüfen.

Begründung:

Bei der genannten Örtlichkeit handelt es sich um eine Stelle, welche besonders in den Morgen- und Nachmittagsstunden stark frequentiert wird. Es kommt regelmäßig zu langen Rückstaus für den Fahrzeugverkehr aus der Nordstraße, welcher nach links auf die Debyestraße abbiegen möchte. Dies gilt auch für Fahrzeugnutzer, die von Eilendorf kommend nach links auf die Nordstraße abbiegen möchten. Fast täglich sind lange Wartezeiten zu ertragen. Der subjektiv empfundene „Wartestress“ verleitet die Autofahrer oftmals zu riskanten Abbiegemanövern. Ein Kreisverkehr würde an dieser Stelle die Verkehrssicherheit erhöhen und den Verkehrsfluss verbessern.

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Ein vergleichbarer Ratsantrag wurde bereits vor rund 13 Jahren von der SPD-Fraktion eingereicht. Seitdem ist der Kraftfahrzeugverkehr deutlich angestiegen. Die Automeile im angrenzenden Gewerbegebiet Eilendorf-Süd wurde ausgeweitet, neue Betriebe siedelten sich an der Neuenhofstraße und der Zieglerstraße an. Zwischen der Nordstraße und Debyestraße entsteht derzeit der große Gewerbepark Brand und in direkter Nähe eine neue Wohnsiedlung auf der Eilendorfer Straße. Zudem wird der neu errichtete Baumarkt OBI in der Debyestraße täglich von vielen Menschen – fast durchweg motorisiert - aufgesucht. Das angrenzende Postzentrum in der Kaubendenstraße wird ebenso wie der Recyclinghof in der Kellershaustraße rege angefahren. Das in Planung befindliche neue Polizeipräsidium in der Debyestraße wird zu noch mehr Verkehr in diesem Bereich führen.

Durch die Errichtung eines Kreisverkehrs kann eine Entlastung an dem Einmündungsbereich bewirkt werden. Das entschärft die Belastungen für die Verkehrsteilnehmer und der verbesserte Verkehrsfluss trägt zudem zu einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Palm



Markus Mohr

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II-Straße 1
Raum 136
52062 Aachen

Piratenfraktion, Johannes-Paul-II-Str. 1, 52062 Aachen, Deutschland

Oberbürgermeister
Marcel Philip

Rathaus
52058 Aachen



Tel.: +49 (0)241 432 7265
E-Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de
Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de

Eingang bei FB 01
10. Juni 2016

Nr. 179/17

Ratsantrag

Unser Zeichen: 201606-01

07.06.2016

Antrag auf Erstellung eines Konzeptes zur Musikförderung in Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der Piraten beantragt, ein Konzept zur Förderung der Musikkultur in Aachen zu erstellen. Dieses Konzept soll unter Beteiligung des Kulturausschusses und den Betriebsausschuss Theater und VHS erarbeitet werden.

Bei der Erstellung sollen auch noch weitere Akteure (Veranstalter, Musiker, Musiklehrer..) einbezogen werden, um möglichst viele Musikrichtungen, Kunststile und Zielgruppen abzudecken.

Begründung

Aachen gibt auch heute schon erhebliche Mittel für die Kulturförderung im Bereich Musik aus. Allerdings ist es finanziell sehr stark auf wenige Bereiche konzentriert. Es ist auch bei der Förderung im Bereich der Kaste-Mittel und im Rahmen des Veranstaltungsmanagements keine übergreifende Strategie sichtbar, welche Zielgruppe angesprochen werden soll, welche Musikarten oder Veranstaltungsformen förderungswürdig sind und welche Instrumente und welche Mittelverteilung dazu angemessen ist. Mit diesem Konzept soll eine Leitlinie für die Förderung erstellt werden, die für die nächsten Jahre eine Handlungsorientierung gibt.

Mit freundlichen Grüßen

Marc Teuku
stv. Fraktionsvorsitzender PIRATEN

Gunter van Heyn
Gunter van Heyn
Sachkundiger Bürger

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II-Straße 1 (Raum 136), 52062 Aachen
Telefon: +49 (0)241 432 7265
Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de
Geschäftsführer: Rahu Ehanantharajah
Fax: +49 (0)241 92 78 68 72
Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de



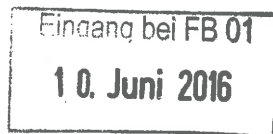
CDU

FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN



CDU und SPD-Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 180/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU

Telefon 0241 / 432 -7211 und -7212
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

SPD

Telefon 0241 / 432 -7215
spd.fraktion@mail.aachen.de
www.spd-aachen.de

Aachen, den 08. Juni 2016

CDU 16.015 / SPD AT 46/16

RATSANTRAG

Umweltgerechte Lärm- und Sichtschutzwälle

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung dafür Sorge zu tragen, dass bei allen künftigen Vorhaben zur Errichtung technischer Bauwerke im Sinne von § 3 Nr. 10 ErsatzbaustoffVO-E vom 23.07.2015, insbesondere von Lärm und Sichtschutzwällen, die im Entwurf der Ersatzbaustoffverordnung genannten Kriterien (Grenzwerte und Einbaubedingungen) bereits vor Inkrafttreten der Verordnung Anwendung finden.

Begründung

In Deutschland besteht das Problem, dass technische Bauwerke, insbesondere Lärmschutzwälle, in der Vergangenheit sehr häufig aus belasteten Abfallmaterialien hergestellt wurden, die auf diese Weise verwertet werden konnten. Da es bislang keine konkreten Grenzwerte für den Einbau solcher Stoffe gab, sind auf diese Weise viele „Streckendeponien“ entstanden, die künftigen Generationen bei deren Entsorgung Probleme bereiten werden.

Aus diesem Grund bemüht sich der Bundesgesetzgeber bereits seit Jahren darum, in einer neu zu schaffenden Ersatzbaustoffverordnung nähere Anforderungen an die ordnungsge-

mäße und schadlose Verwertung mineralischer Ersatzbaustoffe in technischen Bauwerken zu normieren. Zu diesen technischen Bauwerken gehören insbesondere auch Lärm- und Sichtschutzschutzwälle. Der 1. Arbeitsentwurf datiert schon vom 09.12.2009. Am 23.07.2015 wurde der 3. Arbeitsentwurf der sog. Mantelverordnung veröffentlicht, abrufbar auf der Homepage des Bundesumweltministeriums.

Im Entwurf der Ersatzbaustoffverordnung (Art. 2 der Mantelverordnung) werden stoffspezifische Materialwerte und zulässige Einbauweisen definiert, die auf dem Prüfwertekonzept zum Schutz des Grundwassers beruhen.

Ziel des Antrags ist es, im Wege der Vorwirkung dieser gesetzlichen Regelungen, die bereits in einem sehr konkreten Entwurf vorliegen, schon heute soweit wie möglich bei allen künftigen Vorhaben dieser Art zur Geltung zu bringen.

So können Investoren künftig im Rahmen vorhabenbezogener Bebauungspläne und der dazu abzuschließenden Durchführungsverträge auf die Einhaltung dieser Regelungen, die derzeit nur im Entwurf existieren, verpflichtet werden. Bei eigenen Vorhaben kann die Stadt Aachen die Regelungen selber anwenden. Sobald die Ersatzbaustoffverordnung in Kraft getreten sein wird, wird sich dieser Antrag erledigt haben, da dann die Regelungen unmittelbare Geltung beanspruchen. Es ist indessen angezeigt, auch in der Zwischenzeit schon die Entstehung von technischen Bauwerken mit Materialien zu verhindern, die in der Zukunft erkennbar Probleme bei deren Entsorgung bereiten werden.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Baal

Vorsitzender CDU-Fraktion



Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion


Prof. Dr. Hans-Jürgen Müggenborg

Mitglied im Umweltausschuss
CDU-Fraktion



Dr. Heike Wolf

umweltpol. Sprecherin
SPD-Fraktion

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

14. Juni 2016

Nr. 181/17

12.05.2016
GRÜNE 14 / 2016

Ratsantrag

Fahrradampel Vennbahnradweg - Querung Trierer Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

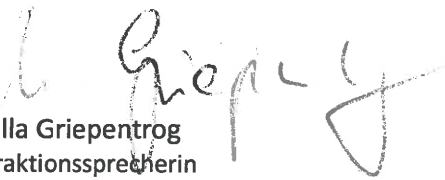
Der Rat der Stadt Aachen beschließt, im Zuge des Umbaus der Kreuzung Trierer Straße/Karl Kuck-Straße/Vennbahnweg eine separate Fahrradampel mit längerer Grünphase zu errichten. Außerdem soll die Fahrradspur zur Überquerung der Trierer Straße auf eine Breite von 3,00 m erweitert werden, um bei dichten Begegnungsverkehren für Radfahrerinnen und Radfahrer eine sichere Querung in beide Richtungen zu gewährleisten.

Begründung

Der Vennbahnradweg wird von Radfahrern sowohl für Alltagsstrecken als auch für Ausflüge in der Freizeit erfreulich gut angenommen. Die Zahl der Nutzer wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Gerade an den Wochenenden, an Feiertagen und in Ferienzeiten ist der Vennbahnradweg eine äußerst beliebte Strecke mit einem hohen Radverkehrsaufkommen. Eine separate Fahrradampel ermöglicht längere Grünphasen. Ziel der Maßnahme ist es, die Überquerung an der Kreuzung möglichst reibungslos und so effektiv wie möglich zu gestalten, auch um große Rückstaus von wartenden Radfahrerinnen und Radfahrern zu vermeiden. Hierfür ist eine Verbreiterung der Fahrradspur im Zuge der Gesamtmaßnahme erforderlich.

Die Rotphase der Ampelschaltung für den Verkehr auf der Trierer Straße verlängert sich durch die Maßnahme nicht.

Mit freundlichen Grüßen


Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin



Wilfried Fischer
mobilitätspolitischer Sprecher

Eingang bei FB 01
14. Juni 2016

Nr. 182/17

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

06.06.2016
GRÜNE 15 / 2016

Ratsantrag

Einsatz von StreetScooter-Fahrzeugen auch in Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen fordert den Oberbürgermeister auf, Gespräche mit der Post AG als Eigentümerin der StreetScooter GmbH mit dem Ziel zu führen, zum nächstmöglichen Zeitpunkt in der Stadt Aachen die Auslieferung von Brief- und Paketpost vollständig auf die Elektrofahrzeuge von StreetScooter umzustellen.

Begründung

Die innovative Technologie der StreetScooter GmbH kommt aus Aachen und sollte auch in Aachen eingesetzt werden: StreetScooter, gegründet als Start Up der RWTH Aachen, gehört mittlerweile zur Deutschen Post AG und baut mit eigener Technologie auf dem Talbot-Gelände in Aachen Elektrofahrzeuge und Elektrofahrräder zur Auslieferung von Brief- und Paketpost. Mittlerweile laufen deutschlandweit bereits 700 Fahrzeuge mit mehr als 2,5 Mio. Kilometern Laufleistung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Post sind hochzufrieden mit den Fahrzeugen. In Bonn sind beispielsweise nur noch E-Fahrzeuge und E-Bikes im Einsatz. Auf den Parkflächen auf dem Gelände

der Deutschen Post AG wurden E-Ladestationen errichtet, so dass eine Übernachtladung möglich ist.

Die Deutsche Post hat für dieses Jahr das Ziel ausgegeben, 2.000 weitere Lieferfahrzeuge in Betrieb zu nehmen. Hier bietet sich an, Aachen als nächste Stadt für die Umrüstung einzuplanen. Damit würden die innovativen E-Fahrzeuge nicht nur hier in Aachen produziert, sondern kämen auch direkt vor Ort zum Einsatz.

Für Aachen macht der Einsatz von mehr Elektromobilität auch unter Umweltaspekten Sinn. So entspricht der Verbrauch der E-Fahrzeuge bei der Zustellung im Stadtverkehr umgerechnet zwei Liter Treibstoff je 100km gegenüber 15-17l beim typischen „Stop and Go“ eines entsprechenden Dieselfahrzeugs.

Der Einsatz der StreetScooter-Fahrzeuge im Postlieferverkehr würde zur Verbesserung der belasteten Luft in Aachen einen wichtigen Beitrag leisten. Als willkommener Nebeneffekt kann auch noch die Lärmbelastung in Wohngebieten reduziert werden.

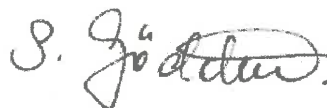
Außerdem würden durch die genannten Aktivitäten die Bestrebungen der Stadt Aachen, die Elektromobilität nach vorne zu bringen, wirkungsvoll unterstützt.

Die notwendige Ladeinfrastruktur auf dem Gelände der Deutschen Post AG in Aachen sollte in Zusammenarbeit mit der smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Entwicklungsgesellschaft für Elektromobilität (ein Unternehmen der Stadtwerke Aachen, Duisburg und Osnabrück), installiert werden.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin



Sabine Göddenhenrich
umweltpolitische Sprecherin

Eingang bei FB 01
14. Juni 2016

GRÜNE
Fraktion im Rat der Stadt Aachen

Nr. 183/17

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

07.06.2016
GRÜNE 16 / 2016

Ratsantrag

Sanierung Fahrradweg Breslauer Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen fordert die Verwaltung auf, die Sanierung des beidseitigen Fahrradweges an der Breslauer Straße zwischen dem Abzweig der Stolberger Straße und dem Berliner Ring zeitnah umzusetzen. Entsprechende Mittel aus dem städtischen Haushalt sollen spätestens für 2017 bereitgestellt werden.

Begründung

Der Radweg an der Breslauer Straße zwischen der Kreuzung Peliserkerstr./Stolberger Str. und dem Berliner Ring ist im südlichen Abschnitt in schlechtem Zustand und zudem für die gemischte Nutzung (Radfahrer, Fußgänger, Menschen mit Kinderwagen oder Mobilitätshilfen, Hundebesitzer, etc.) viel zu eng.

Der nördliche Abschnitt ist seit geraumer Zeit wegen massiver Schäden gesperrt und unbefahrbar. Somit findet im südlichen Abschnitt de facto ein Zwei-Richtungs-Verkehr statt, der zu Behinderungen und schwierigen Situationen führt – insbesondere an den Ein- und Ausfahrten.

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
D-52062 Aachen

Raum 104
Tel.: 0241 432-7217
Fax: 0241 432-7213

Die Breslauer Straße ist eine wichtige Verbindungsachse aus der Innenstadt über das Ostviertel zum Gewerbegebiet Hüls. Gerade auf solchen Ausfallstrecken bietet sich die Nutzung des Fahrrads an, da man dort mit dem Rad in der Regel schneller und natürlich umweltfreundlicher als mit dem Auto unterwegs ist. Doch der schlechte Zustand der Radverkehrsanlagen in beide Richtungen verhindert, dass Verkehrsteilnehmer hier vom Auto aufs Rad umsteigen.

Des Weiteren ist die Überplanung des Straßenraums Stolberger Straße derzeit in der Beschlussphase und somit bald in der Umsetzung. Eine zeitnahe und umfassende Sanierung auch unter dem Gesichtspunkt des nahtlosen Anschlusses an die Stolberger Straße ist daher notwendig und sinnvoll.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin



Wilfried Fischer
mobilitätspolitischer Sprecher

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen

Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AFA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

Eingang bei FB 01

19. Juni 2016

Nr. 184/17

17. Juni 2016

Ratsantrag: Einrichtung eines naturnahen Schulgartens auf dem städtischen Schulgrundstück Mataréstraße 11

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ratsgruppe Allianz für Aachen beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Die Stadt Aachen stellt finanzielle Mittel für die Einrichtung eines naturnahen Schulgartens auf dem städtischen Schulgrundstück Mataréstraße 11 zur Verfügung. Die Verwaltung prüft die Realisierbarkeit und eine etwaige Kooperation mit dem NABU Aachen.**
- 2. Die Verwaltung prüft ob an weiteren Aachener Schulen die Einrichtung von Schulgärten gewünscht wird und realisierbar ist.**

Begründung:

Die Bezirksvertretung Aachen-Mitte lehnte am 15. Juni 2016 die Einrichtung einer Hundewiese an auf dem Schulgrundstück Mataréstraße 11 ab. Laut Vorlage - E 26/0048/WP17 bestünde der Wunsch der Grundschulen auf einem Teil der Grünfläche mittelfristig einen Schulgarten anzulegen. Dies war ein Grund, weshalb auf dem Gelände keine Hundewiese eingerichtet werden könne. Das Vorhaben der Schule einen Garten einzurichten konnte aufgrund fehlender finanzieller Mittel bis dato noch nicht umgesetzt werden.

Die finanziellen Mittel für die Einrichtung eines Schulgartens sind überschaubar und können durch die Kooperation mit dem NABU Aachen möglicherweise noch weiter minimiert

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

werden. Das berechnigte Interesse zur Einrichtung eines Schulgartens ist gerade für die Umwelterziehung von Kindern im urbanen Raum unterstützenswert. Bildung ist ein zentraler Aspekt erfolgreicher Umweltarbeit. Dazu gehören Naturbegegnungen, praktischer Umweltschutz und das Entwickeln eines Umweltbewusstseins. Kinder sollten die Gelegenheit haben ihre Umwelt mit allen Sinnen wahrzunehmen. Hierzu gehören vor allen Dingen der Umgang mit Tieren und das Kennenlernen ihres natürlichen Lebensraums und die Beobachtung von Naturvorgängen. Umweltbildung für Kinder ist sehr wichtig, denn nur was man kennt, kann man auch schützen.

Die Umwandlung in einen naturnahen Schulgarten (möglicherweise mit Nisthilfen für Vögel, Fledermäuse und Insekten, Blumenwiese und kleinräumiger Anbau von Nutzpflanzen) leistet nicht nur einen wichtigen pädagogischen Beitrag für die Schüler, sondern wertet zudem das Umfeld auf. Es kann als Vorbildprojekt ein wichtiger Baustein für den urbanen Gartenbau werden und zur Nachahmung anregen.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe

Markus Mohr

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
19. Juni 2016

Nr. 185/17

Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AfA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

17. Juni 2016

Ratsantrag: Hundefreundliches Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung,

- (1) die Ausweisung weiterer Hundenausläufflächen im Stadtgebiet zu prüfen.**
- (2) weitere Hundekotbeutelstationen im Stadtgebiet aufzustellen.**
- (3) Hundekotbeutelstationen, Hundenauslaufwiesen und Gifköderfunde auf einer Karte einzutragen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.**
- (4) in Bereichen, in denen es vermehrt zu Hundevergiftungen gekommen ist, für eine verstärkte Bestreifung durch das Ordnungsamt zu sorgen.**

Begründung:

In Aachen sind fast 9.000 Hunde angemeldet. Dies bedeutet, dass zehntausende Menschen nicht nur Hundesteuern jährlich in Höhe von netto rund 800.000 Euro bezahlen, sondern auch das Grundbedürfnis und den verständlichen Wunsch haben, diesen einen Auslauf ohne Leine zu ermöglichen und problemlos den Kot zu entsorgen. Diesen Wunsch haben auch „Nicht-Hundebesitzer“.

In Aachen sind jedoch lediglich 12 ausgewiesene Hundenausläufflächen vorhanden. Die Gesamtfläche beträgt im ganzen Stadtgebiet insgesamt weniger als die Hälfte eines herkömmlichen Fußballplatzes. Das ist zu wenig. Im August 2015 beschloss die Bezirksversammlung Aachen-Mitte, dass drei Flächen als Hundefreilaufflächen zusätzlich ausgewiesen werden: eine zentral gelegene Wiesenfläche im Gillesbachtal, eine

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Wiesenfläche im alten Klinikumpark und eine Stadtparkfläche hinter dem Eurogress. Dies entspricht einer Gesamtfläche von 37.000 m² und damit einer Fläche fünf Fußballfeldern. Anfang 2017 wird eine Evaluation durchgeführt und ein Erfahrungsbericht vorgelegt. Diese Hundefreilaufflächen sind allerdings nicht für jeden zu Fuß erreichbar und daher nicht ausreichend. Zudem gibt es nach aktueller Datenlage der Verwaltung 151 Hundekotbeutelstationen. Durchschnittlich teilen sich somit 60 Hunde eine Station.

Die bisherigen Bemühungen der Verwaltung für ein hundefreundliches Aachen sind als wichtiger Schritt in die richtige Richtung zu würdigen und weiter auszubauen.

Laut Selbstverständnis möchte die Stadt Aachen ihren Bürgern eine hohe Lebensqualität bieten, die geprägt ist durch ein hohes Niveau an Service und Qualität. Der Service für die Hundebesitzer ist weiter zu verbessern. Ein wichtiger Schritt ist die Erhöhung der Anzahl von Hundewiesen und Hundekotbeutelstationen. Durch deren Einzeichnung in eine Karte wird der Service für Hundebesitzer ebenfalls erhöht und die Verwaltung demonstriert nach außen, dass Aachen eine hundefreundliche Stadt ist, was sich positiv auf den Ruf der Stadt auswirkt.

Da es laut Berichten aus der Presse und sozialen Netzwerken in Aachen noch immer häufig zu fahrlässigen oder mutmaßlich gar vorsätzlichen Hundevergiftungen kommt, sind die Gebiete in denen derartige Vorfällen registriert werden, verstärkt durch das Ordnungsamt zu bestreifen. Zusätzlich sollten die Giftköder-Funde auf einer Karte mit Datum des Fundes eingetragen und veröffentlicht werden, damit dies zu einer besseren Aufklärung und Sensibilisierung der Bürger führt.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe



Markus Mohr

Eingang bei FB 01

22 Juni 2016

Nr. 186/17

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

20.06.2016
GRÜNE 17 / 2016

Ratsantrag

Kommunaler Wohnungsbau mit Stiftungskapital

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung, konkrete Projekte für einen kommunalen, sozial geförderten Wohnungsbau im Eigentum einer oder mehrerer Stiftungen in der Verwaltung der Stadt Aachen zu entwickeln, die Voraussetzungen für die Umsetzung zu schaffen und dem Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss bis zum Herbst dieses Jahres vorzulegen.

Zur Umsetzung dieser Wohnungsbauprojekte ist gegebenenfalls die objektbezogene Gründung von Projektgesellschaften zu prüfen.

Begründung

Der Rat der Stadt hat in seiner letzten Sitzung die Ausführungen der Verwaltung zu einer möglichen Investition von Stiftungsvermögen in städtische Projekte und Liegenschaften zustimmend zur Kenntnis genommen. Aus der Verwaltungsvorlage wurde deutlich, dass die Investition beispielsweise in kommunalen Wohnungsbau eine sinnvolle Anlagemöglichkeit für das Kapital der Stiftungen sein kann. Unstrittig ist gleichzeitig, dass es einen sehr hohen Bedarf an preiswertem Wohnraum in Aachen gibt.

Hieraus ergibt sich für die Stadt Aachen die Chance, neue, konkrete kommunale Wohnungsbauprojekte auf städtischen Flächen zu entwickeln und zu realisieren.

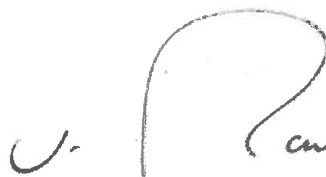
Aktuell bietet sich die städtische Liegenschaft „Sportplatz Karl-Kuck-Straße in Aachen-Brand als sinnvolle Anlagemöglichkeit für eine oder mehrere Stiftungen an. Hier hat der Planungsausschuss in seiner letzten Sitzung die Aufstellung eines Bebauungsplans vor allem für den sozial geförderten Wohnungsbau beschlossen.

Für größere Projekte könnte durch verschiedene Stiftungen eine Projektgesellschaft „Wohnungsbau der Stiftungen“ gegründet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin



Michael Rau
stellvertretender Fraktionssprecher